



**Jahresversammlung vom Dienstag, 24. April 2018, 19.30 Uhr**  
**Gasthaus Engel, Fischingerstr. 2, 8370 Sirnach**

## **Traktandenliste**

1. Begrüssung, Wahl der Stimmenzähler
2. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 18. Januar 2018
3. Abstimmungen vom 10. Juni 2018, Parolenfassung:
  - Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)».  
*Louis Schelbert, alt Nationalrat Grüne Luzern*
  - Bundesgesetz vom 29. September 2017 über Geldspiele (Geldspielgesetz, BGS).  
*Simon Vogel, Junge Grüne Thurgau*
4. Jahresbericht des Präsidenten
5. Genehmigung Jahresrechnung 2017 und Revisorenbericht
6. Festsetzung der Jahresbeiträge
7. Budget 2018
8. Gesamterneuerungswahlen Präsident, Vorstand, Rechnungsrevisoren und Delegierten
9. Bericht aus der Fraktion
10. Verschiedenes und Umfrage

## 2. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 18. Januar 2018

### Traktandenliste

1. Begrüssung / Wahl der Stimmenzähler
2. Protokoll der letzten Mitgliederversammlung
3. Abstimmungen vom 4. März 2018  
«No Billag»  
neue Finanzordnung 2021
4. Problematik der Agrarumsetzung AP14/1
5. Bericht aus der Fraktion
6. Verschiedenes und Umfrage  
Volksinitiative vom 1. Dezember 2015 «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)».  
Geldspielgesetz  
Bilanz per 31.12.2017 Grüne Partei Thurgau  
Erfolgsrechnung 2017 und Budget 2018 Grüne Partei Thurgau

**Anwesende:** Beat Imhof, Brigitta Engeli, Christoph Meili, Erika Hanhart, Simon Vogel, Alena Schmidt, Jost Rüegg, Katrin Kaufmann, Urs Renggli, Karin Bétrisey, Christoph Stäheli, Carmen Andres, Paul Pfiffner, Isabella Stäheli, Walter Lang, Hannes Stricker, Didi Feuerle, Joe Brägger, Rommi Fisenoz, Franz Portmann, Peter Heri, Brigitta Hartmann, Heike aus der Au, Heidi Heine, Kurt Egger, Barbara Imholz

**Gäste:** Hans Fehr, Edith Häusler

**Entschuldigt:** Anne-Marie Zweifel, Judith und Fredi Hinderling, Gina Rüetschi, Sibylle Stör

### 1. Begrüssung / Wahl der Stimmenzähler

Kurt Egger begrüsst die Anwesenden Mitglieder und die Gäste. Anschliessend begrüsst Brigitta Engeli im Namen des Bezirks Kreuzlingen die Anwesenden und erzählt noch einige interessante Einzelheiten zum heutigen Versammlungsort "das Trösch".

Auf die Wahl von Stimmenzählern wird verzichtet

### 2. Protokoll der letzten Mitgliederversammlung

Das Protokoll der letzten Versammlung ist in Ordnung, Änderungen werden nicht gewünscht.

### 3. Abstimmungen vom 4. März 2018

#### «No Billag»

Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren» «No Billag»  
Informationen von Hans-Jürg Fehr, alt Nationalrat SP, Schaffhausen

Hans-Jürg Fehr warnte vehement vor den Folgen einer Annahme der Initiative. Die Initiative will die Zerstörung der SRG. Nach einem Ja übernehmen ausländische Medienkonzerne das freie Feld oder Schweizer Milliardäre nutzen Radio und Fernsehen für rechtspopulistische Propaganda. Der Trend läuft bereits heute in diese Richtung.

Der freie Markt, von dem die InitiantInnen träumen, wird heute schon zum grossen Teil von ausländischen Stationen besetzt. Internationale Konzerne wie Netflix, Amazon, Google oder UPC besetzen jetzt schon wachsende Teile des Schweizer Medienmarktes. Die Zerstörung der Schweizer Medienhäuser bedeutet, dass das Angebot immer teurer wird: Filme und Sportsendungen werden kostenpflichtig, die Werbung wird massiv ausgedehnt und der kommerzielle Handel mit privaten Daten wächst ins Grenzenlose.

Die Initiative ist nicht nur auf die Abschaffung der SRG gerichtet. Sie bedeutet die Vernichtung von rund 5'600 Arbeitsplätzen SRG-Arbeitsplätzen in der Suisse romande, der svizzera italiana, der rätoromanischen Schweiz und der Deutschschweiz. Sie bedeutet darüber hinaus die Vernichtung von zahlreichen Arbeitsplätzen von Privatradios und -fernsehen. Denn auch private Sender in allen Regionen leben zu einem grossen Teil von den Gebühren.

In der anschliessenden lebhaften Diskussion wurde weitere Fragen aufgeworfen und geklärt:

In Krisen und bei Katastrophen müsste der Bund wohl private Radio- und Fernsehstationen zur Veröffentlichung von Informationen verpflichten.

Auch bei einer Ablehnung der Initiative ist es wohl nicht möglich auf Werbung zu verzichten, es sei denn, man nehme auch einen Leistungsabbau in Kauf.

Die Gebühren sollten über Steuergelder finanziert werden, das sei sozial gerechter. Ja, einverstanden, das ist aber nicht der Gegenstand der Abstimmung. Das muss im Nachgang diskutiert werden. Auch der Leistungsumfang (Anzahl der Radio- und

Fernsehprogramme sowie die Zahl der Angestellten) muss Gegenstand von Diskussionen im Nachgang sein.

Heidi wünscht eigene Plakate. Diese sind weder vorhanden noch geplant. Eigene Grüne Flyer können aber bezogen und verteilt werden.

Die Mitglieder beschliessen **einstimmig** die Initiative abzulehnen.

### neue Finanzordnung 2021

Bundesbeschluss vom 16. Juni 2017 über die neue Finanzordnung 2021

Kurt referiert über die neue Finanzordnung. Es geht darum den Bund auch weiterhin zu ermächtigen die Mehrwert- und direkte Bundessteuer einzuziehen. Das ist wiederum bis 2035 befristet und ermöglicht dem Bund zu existieren. Es gibt auch keinerlei Opposition – es ist schlicht unabdingbar.

Die Mitglieder beschliessen **einstimmig** die neue Finanzordnung anzunehmen.

## 4. Problematik der Agrarumsetzung AP14/1

Informationen von Edith Häusler, Verein Vision Landwirtschaft und Kantonsrätin Grüne Zürich

*„Es ist an der Zeit, dem Ausmass des Versagens und der zwanzigjährigen Irrwege der Schweizer Agrarpolitik in die Augen zu schauen und auf die ersten, noch sehr zaghaften Reformschritte der Agrarpolitik 2014 nun rasch grundlegende weitere Reformen folgen zu lassen.“*

Die aktuelle Politik liefert Fehlanreize zu hohen Futtermittelimporten, zur Verdichtung der Böden, zur Verschmutzung der Gewässer und zur massiven Abnahme der Biodiversität. Im Landwirtschaftsartikel in der Bundesverfassung ist die „Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Pflege der Kulturlandschaft“ eine wichtige Grundlage. Gemäss dem Verein wird die Verfassung nicht umgesetzt.

Die heutige Agrarpolitik ist sehr ineffizient, ein grosser Anteil der Zahlungen wirkt sogar schädlich für das bäuerliche Einkommen und/oder für die Umwelt. Anstatt allgemeiner Direktzahlungen müssten vermehrt gezielte Leistungen der Landwirte bezahlt werden. Mit dem Umbau des Direktzahlungssystems liessen sich alle Landwirtschaftsziele erreichen. Bei gleichbleibenden staatlichen Mitteln könnten die Einkommen der Landwirte erhöht und die Umwelt geschont werden.

Mehr Informationen und Bestellmöglichkeiten findet ihr unter [www.visionlandwirtschaft.ch](http://www.visionlandwirtschaft.ch)

## 5. Bericht aus der Fraktion

Franz hat eine Frage zum Richtplan: ja der sei bereits verabschiedet und tritt relativ schnell in Kraft, vermutlich bereits diesen Sommer. Vorteile versprechen sich die Grünen vor allem bei reduzierten Bauzonen.

Heidi fragt, wo man den Finanzplan einsehen kann. Didi meint, entweder auf der Homepage des Kantons oder bei ihm zuhause. Da er erklärungsbedürftig ist, wird sich Heidi bei Didi melden.

Haben die Grünen statt des Sparprogramms einen Antrag auf Steuererhöhung gestellt? Ja bereits mehrfach, das wird aber immer wieder haushoch abgeschmettert. Einmal sogar mit nur 9 Jastimmen (der Grünen), alle anderen sagten Nein.

Brigitta berichtet, die Diskussion um die Finanzen treibe teilweise seltsame Blüten: Eine Kürzung der Kilometerpauschale der Kantonsangestellten von 0.70 auf 0.65 Rappen wurde von der SP als Ausbeutung der Mitarbeiter abgelehnt und führte zu langen Diskussionen. Die Grünen forderten eine Kürzung auf 0.50.

Joe weist darauf hin, dass der Regierungsrat das Paket als Ganzes durchbringen will. Über einzelne Themen kann man nicht abstimmen. Der RR höre sich die Einwände zwar an, was dann draus wird entscheidet er selber.

Hannes Stricker wünscht sich auf die nächsten Wahlen hin griffige und vor allem grüne Themen, z.B. Radwege.

## 6. Verschiedenes und Umfrage

Öffentlichkeitsinitiative: hier fehlen nach wie vor noch Unterschriften. Kurt bittet um die Mithilfe aller.

Die fairfood-Initiative kommt im September oder November 2018 zur Abstimmung.

Simon Vogel ist der neue Chef der Jungen Grünen Thurgau und bittet darum mögliche neue Mitglieder an ihn zu verweisen oder ihm die Namen mitzuteilen.

Brigitta weist auf die Filme für die Erde im Februar in Kreuzlingen hin.

Didi macht auf den Zwischenbericht zum Tierschutz auf der Homepage des Kantons aufmerksam.

## 3. Abstimmungen vom 10. Juni 2018

### Volksinitiative vom 1. Dezember 2015 «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)».

Louis Schelbert, alt Nationalrat Grüne Luzern

#### Inhalt

Heute sind nur Münzen und Banknoten gesetzliche Zahlungsmittel. Diese machen aber nur 10 Prozent der umlaufenden Geldmenge aus. Ungefähr 90 Prozent sind elektronisches Geld (Buchgeld), das die Banken per Knopfdruck selber schaffen um damit ihre Geschäfte (u.a. Kredite, Immobilien, Aktien) zu finanzieren. Dieses elektronische Geld ist bloss eine Forderung an die Bank, Bargeld auszuzahlen, es ist also kein echtes Geld.

Die Vollgeld-Initiative möchte einen neuen Rahmen für das Geld- und Währungssystem in der Schweiz schaffen: Das Monopol zur Ausgabe von Buchgeld soll der Schweizerischen Nationalbank (SNB) übertragen werden. Geschäftsbanken könnten somit keine Kredite mehr gewähren, die wie heute durch Sichteinlagen (Kontokorrente) finanziert werden. Die Initiative sieht auch vor, dass die SNB Geld schuldfrei in Umlauf bringt, indem sie es direkt an die öffentlichen Haushalte und an die Bevölkerung verteilt. Die Vollgeld-Initiative beabsichtigt damit genau das, wovon viele denken, dass es schon heute dem Status Quo entspricht, nämlich: Allein die Nationalbank soll künftig unser Geld herstellen, auch das elektronische Geld. Das entspricht der ursprünglichen Absicht der Bundesverfassung (ab 1891 Art. 36, heute Art. 99: «Das Geld- und Währungswesen ist Sache des Bundes»).

Hinter der Initiative steht der überparteiliche Verein Monetäre Modernisierung (MoMo) und ein wissenschaftlicher Beirat. Davon abgesehen gibt es keine Organisationen, Verbände oder Parteien, welche die Initiative unterstützen. Die Grünen haben die Initiative weder in der Sammelphase noch im Parlament unterstützt. Einzelne Mitglieder engagieren sich für die Initiative und die Jungen Grünen unterstützen die Vollgeld-Idee in einem im 2012 verabschiedeten Positionspapier. Zur Initiative haben die Jungen Grünen noch keinen Beschluss gefasst.

#### Parolen-Empfehlung der Grünen Schweiz

- Fraktion: Stimmfreigabe (Nationalrat: 10 Nein, 1 Ja; Ständerat: 1 Nein)
- Geschäftsleitung: Stimmfreigabe (4 zu 3 für Stimmfreigabe)
- Vorstand: Stimmfreigabe

#### Bedeutung für die Grünen

Die Initiative dürfte in der Grünen Basis auf viel Sympathie stossen. Die InitiantInnen bewegen sich in Kreisen, die den Grünen nahe stehen. Aus Sicht der Fraktion lässt die Initiative jedoch viele Fragen offen und schafft neue Unsicherheiten und Risiken.

Mit einer Stimmfreigabe könnten die verschiedenen Strömungen am besten abgeholt werden.

#### Grüne Hauptargumente FÜR die Vollgeld-Initiative

##### 1. Gegen den Wachstumszwang

Mit der ausufernden Geldschöpfung wird die reale Wirtschaft dazu angetrieben, möglichst in gleichem Masse mitzuwachsen, weil das neugeschöpfte Geld in zusätzliche Güter eingelöst werden muss. So wächst die Wirtschaft mit der Geldmenge und nimmt die Natur immer mehr in Anspruch – sie wird übernutzt und ausgebeutet. Mit der «Zähmung» der Geldschöpfung können dem Wirtschaftswachstum die notwendigen Schranken gesetzt werden: Es soll den natürlichen Gegebenheiten angepasst und somit nachhaltiger werden.

## **2. Nachhaltig in die Realwirtschaft investieren statt an Finanzmärkten spekulieren**

Weil die Banken so leicht Zugang zu neuem Geld haben, ist es für sie lukrativ, damit zu spekulieren und es in risikoreiche Anlagen zu investieren. Dieses Geld fließt zu einem grossen Teil in Finanzgeschäfte, welche für die Realwirtschaft und die Gesellschaft keinen Nutzen haben. Nach einer Vollgeld-Reform sind die Banken weiterhin wichtig und notwendig. Aber ihre Funktion beschränkt sich wieder vorwiegend auf Dienstleistungen an die Realwirtschaft. Sie sorgen für die flexible Verteilung und effiziente Verwaltung des Geldes.

## **3. Krisenprävention**

Im heutigen System tendieren die Banken dazu, die Konjunkturzyklen ins Extreme zu verstärken. Mit der Vollgeld-Reform kann die Nationalbank Spekulationsblasen, Inflation und Deflation wirkungsvoll verhindern, indem sie die Geldmenge der effektiven Wirtschaftsleistung anpasst. Mit der Vollgeld-Reform sind die Banken zudem nicht mehr systemrelevant: Wenn sie Konkurs gehen, existiert das Vollgeld auf den Zahlungsverkehrskonten (Transaktionskonten) weiterhin, da es nicht mehr in der Geschäftsbilanz der Bank erscheint. Die Banken geniessen keine faktische Staatsgarantie mehr und die SteuerzahlerInnen müssen somit nicht mehr für die übertriebenen Risiken der Banken aufkommen.

## **Grüne Hauptargumente GEGEN die Vollgeld-Initiative**

### **1. Zentralisierung birgt Risiken**

Vollgeld führt zur Zentralisierung der Kreditvergabe. Die Kreditvergabe, die heute dezentral von den Banken geleistet wird, soll in Zukunft von der Nationalbank durchgeführt oder zumindest noch strenger kontrolliert und überwacht werden. Die Nationalbank, die heute nur ein Rädchen in der Steuerung der Wirtschaft ist, wird zur zentralen Instanz für Wachstum, Innovation und die Ausgestaltung der Wirtschaft. Die Zentralbanken, die heute in den westlichen Volkswirtschaften ziemlich unabhängig von der Tagespolitik sind, werden plötzlich zur hochpolitischen Instanz und zum Spielball der dominierenden neoliberalen Mehrheiten. Vollgeld, das nur von einer Instanz kontrolliert wird, birgt zudem Gefahren von Fehlentscheidungen: Fast alle geldpolitischen Entscheidungen liegen in einer Hand und werden nicht mehr dezentral getroffen.

### **2. Nachhaltigkeit ist nicht gewährleistet**

Die Initiative verpflichtet die Nationalbank nicht zu «Nachhaltigkeit», sondern dazu, im «Gesamtinteresse des Landes» zu handeln. Letzteres definiert der Gesetzgebende und somit die politische Mehrheit. Wird Vollgeld bei den bestehenden bürgerlichen Mehrheiten eingeführt, geht das Vollgeld mit Vollgas in die alte ressourcenverschwenderische Karbon-Wirtschaft. Die Initiative schreibt zwar vor, woher das Geld kommen, aber nicht, wohin es fließen soll.

### **3. Die Geldschöpfung der Banken ist bereits reguliert**

Die Geldschöpfung der Banken wird begrenzt durch Regulierung, Eigenkapitalvorschriften, Mindestreserven und Risikoüberlegungen der Banken. Bis auf den letzten Punkt sind dies allesamt Faktoren, die durch den Gesetzgeber festgelegt werden und eine bessere Steuerung erlauben als im Vollgeldsystem. Die international abgestimmte Erhöhung der Eigenkapitalquoten der Banken und die im Rahmen der «too-big-to-fail» erfolgten Regulierungen machen das Banken- und Geldversorgungssystem zudem sicherer als noch vor einigen Jahren.

## Geldspielgesetz

Simon Vogel, Junge Grüne Thurgau

### Inhalt

- Neues Gesetz zu Geldspielen, das in einem einzigen Gesetz alle Geldspiele (Poker, Casinos, Sportwetten, Lotto, Lotterie) vereint, um mehr Kohärenz zu schaffen: *Die Grünen unterstützen dieses Prinzip.*
- Gewisse Anstrengungen bezüglich Prävention werden unternommen: Erschweren des Zugangs zu automatisierten Gewinnspielen für Jugendliche, neue vorgeschriebene Haftbarkeiten für Spielbanken und Grossspiele, neue vorgeschriebene Aufgaben der Kantone, jedoch ohne Finanzierung. *Für die Grünen: Weitgehend ungenügende Massnahmen.*
- Kampf gegen den Schwarzmarkt und gegen die Attraktivität der ausländischen Konkurrenz (wo keine Steuer auf Gewinne erhoben wird): Geringere Besteuerung der Gewinne, Angebot von legalisierten «Schweizer» Online-Spielen, Sperre ausländischer Internetseiten. *Für die Grünen: Unverhältnismässige und ineffiziente Massnahme.*
- Steuerbefreiung für Gewinne aus Lotteriespielen, Online-Spielen und Sportwetten von unter einer Million (zuvor: Gewinne unter 10'000 Franken, die gesamten Casino-Gewinne bleiben steuerbefreit). *Die Grünen wollten eine Steuerbefreiung nur für Gewinne unter 10'000 Franken.*
- Weiterbestehen der Zweckbindung von Gewinnen aus Geldspielen zugunsten der AHV, der IV und gemeinnützigen Zwecken.

### Parolen-Empfehlung der Grünen Schweiz

- Fraktion: Nein (Ablehnung des Gesetzes): 6 Nein, 1 Ja, 4 Enthaltungen, 1 abwesend
- Geschäftsleitung: Nein (Ablehnung des Gesetzes): einstimmig
- Vorstand: Nein

### Bedeutung für die Grünen

Bekämpft mittels Referendum durch drei Komitees:

- Bürgerliche Jungparteien (Jungfreisinnige, Junge GLP, Junge SVP);
- Junge Grüne;
- Verbände für die Internetfreiheit (Digitale Gesellschaft, Internet Society Schweiz, Piratenpartei, Chaos Computer Club Schweiz)

Positionierungen: SP/CVP/BDP: Einstimmigkeit für das Gesetz, FDP mehrheitlich dafür, SVP mehrheitlich dagegen, Grünliberale einstimmig dagegen, Grüne mehrheitlich dagegen. Die Kreise der Suchtprävention sind sehr enttäuscht über das Fehlen wirklicher Präventionsmassnahmen, unterstützen aber das Gesetz insgesamt. Werden sie gezielt für das Gesetz kämpfen? Dies wird auch von den Verordnungen abhängen, die diesen Frühling herauskommen. EconomieSuisse ist gegen das Gesetz (aufgrund der Abschottung des Marktes).

### Grüne Hauptargumente

Für die Grünen sind Geldspiele eine Sucht, die durch den Staat begleitet werden müssen, namentlich mittels Präventionsmassnahmen – genau wie Alkohol, Tabak oder noch Cannabis. Das Geldspielgesetz schützt suchtgefährdete Spieler leider ungenügend. Daneben ist es eine Bedrohung für die Internetfreiheit. Für die Grünen ParlamentarierInnen wiegen diese zwei Punkte schwer in der Waagschale, sie haben deshalb mit grosser Mehrheit entschieden, diese Gesetzesvorlage zurückzuweisen.

### **1. Keine Internetzensur**

Das neue Gesetz schlägt vor, Online-Spiele (Poker, Roulette) zu legalisieren, um das Angebot besser zu reglementieren. Nur die Schweizer Casinos könnten in diesen lukrativen Markt einsteigen. Die Websites ausländischer Casinos ohne Schweizer Lizenz, die Online-Spiele anbieten, würden gesperrt. Zum ersten Mal würde in der Schweiz die Möglichkeit zur Zensur des Internets im Gesetz verankert und Infrastruktur zur Sperrung aufgebaut: Es handelt sich um einen gefährlichen ersten Schritt. Diese technische Vorbedingung könnte andere Dienstanbieter dazu animieren, ihrerseits auch ein Verbot konkurrierender ausländischer Seiten zu verlangen (beispielsweise Film, Musik, Online-Handel, etc.) – eine Sperre, die der Bundesrat übrigens im Rahmen des Urheberrechtsgesetzes anstrebt. Das Sperren von Internetseiten birgt zudem das Risiko, als Nebeneffekt das Internet unsicherer zu machen: Spielerinnen und Spieler, die diese Sperren umgehen möchten, könnten Opfer von Missbrauch und Malware werden. Die Internetanbieter wären ihrerseits verpflichtet, SpielerInnen, die auf eine illegale Seite zugreifen möchten, eine andere Seite zur Verfügung zu stellen. Diese Verfälschung von Daten schwächt die Technologien zur Erkennung von Phishing (Identitätsdiebstahl) und damit den Kampf gegen Internetkriminalität.

Für die Grünen ist das Internet ein Ort des Austausches und des Wissens, der unabdingbar für das demokratische Leben und die Ausübung der Grundrechte ist und daher frei und offen bleiben muss.

Die Sperrung von Internetseiten ist darüber hinaus eine rein kosmetische und ineffiziente Massnahme, die sich schnell und ohne Mühe umgehen lässt, auch wenn man kein Informatik-Profi ist. So wird die Begleitung der Spielgewohnheiten verunmöglicht, sobald SpielerInnen eine Sperre umgehen – die erhoffte Wirkung des Gesetzes droht zu verpuffen. Es gibt andere, weniger unverhältnismässige Möglichkeiten, um gegen als illegal angesehene Seiten vorzugehen, wie etwa Delisting (Löschung einer Internetseite aus dem Register einer Suchmaschine) oder auch das Verbot, Online-Werbung zu schalten.

### **2. Für echte, umfassende und effiziente Präventionsmassnahmen**

In der Schweiz haben ungefähr 75'000 Personen ein Suchtproblem mit Glücks- und Geldspielen. Um die SpielerInnen besser zu schützen, haben die Grünen zusammen mit Organisationen der Suchtprävention vorgeschlagen, von den Casinos eine Steuer gegen die Spielsucht zu verlangen, sowie eine unabhängige beratende ExpertInnen-Kommission auf die Beine zu stellen, welche die sich ständig verändernde Thematik eng verfolgt. Leider wurden diese beiden konkreten Massnahmen vom Bundesrat und der Mehrheit des Parlaments abgelehnt.

### **3. Keine Senkung der Gewinnsteuer**

Mit dem neuen Gesetz würden Gewinne aus Lotteriespielen und Sportwetten geringer besteuert: Jene unter einer Million Franken wären künftig steuerbefreit (also die grosse Mehrheit der Gewinne). Diese Massnahme läuft dem gesunden Menschenverstand zuwider: Die Glückspilze würden nicht besteuert, die Arbeitenden hingegen schon. Das entspricht eher einem Anreiz zum Spiel als einer Präventionsmassnahme. Ein solches Steuergeschenk fördert die Attraktivität der Geldspiele und könnte zu einem Verlust wichtiger Einnahmen für die Allgemeinheit führen.

## **4. Jahresbericht des Präsidenten**

Wird mündlich vorgetragen.

## 5. Genehmigung Jahresrechnung 2017 und Revisorenbericht

### Bilanz per 31.12.2017 Grüne Partei Thurgau

Konto	AKTIVEN	31.12.2017	31.12.2016
1020	Bankkonto Raiffeisen	20'501.29	2'751.79
1023	GA Raiffeisenbank Dozwil	200.00	200.00
1100	Forderungen	1'950.00	150.00
1176	Guthaben Verrechnungssteuer	4.20	2.10
1301	Noch nicht erhaltene Erträge	198.20	0.00
1510	Mobiliar / Diverses	1.00	1.00
	<b>TOTAL AKTIVEN</b>	<b>22'854.69</b>	<b>3'104.89</b>

Konto	PASSIVEN	31.12.2017	31.12.2016
2000	Transitorische Passiven	13'564.55	11'189.80
2350	Rückstellungen	400.00	400.00
	Total Verbindlichkeiten	13'964.55	11'589.80
2970	Saldovortrag	-8'484.91	-7'953.36
	Jahresergebnis Gewinn/Verlust	17'375.05	-531.55
	Total Vereinsvermögen	8'890.14	-8'484.91
	<b>TOTAL PASSIVEN</b>	<b>22'854.69</b>	<b>3'104.89</b>



## Erfolgsrechnung 2017 und Budget 2018 Grüne Partei Thurgau

Konto	ERTRAG	Budget 2018	Erfolgsrechnung 2017	Budget 2017	Erfolgsrechnung 2016
32	Beiträge	45'000.00	44'785.00	40'000.00	41'077.30
3210	Mitgliederbeiträge	29'000.00	28'300.00	27'000.00	27'100.00
3220	Mitgliederbeiträge Junge Grüne	0.00	0.00	0.00	350.00
3230	Fraktionsbeitrag	3'000.00	3'000.00	3'000.00	3'000.00
3240	Mandatsabgaben	13'000.00	13'485.00	10'000.00	10'627.30
34	Spenden	13'000.00	13'469.50	15'000.00	29'327.50
3410	Spenden allgemein	13'000.00	13'469.50	15'000.00	29'327.50
	Spenden NR Wahlen	0.00	0.00	0.00	0.00
	Spenden Junge Grüne	0.00	0.00	0.00	0.00
36	Übrige Erlöse, Aktionen	33'000.00	22'146.20	18'000.00	35'989.05
3610	Fundraising GGG	7'000.00	6'450.00	8'000.00	9'297.65
3620	Aktionen GP Thurgau	4'000.00	6'123.50	2'000.00	2'425.95
3630	Aktionen Bezirke	0.00	0.00	5'000.00	6'025.80
3640	Aktionen Kandidaten	5'000.00	6'492.70	1'000.00	1'000.00
3650	Grüne Wirtschaft	0.00	0.00	0.00	15'239.65
3651	Fair Food	15'000.00			
3660	Ostgrün	2'000.00	3'080.00	2'000.00	2'000.00
	<b>TOTAL ERTRAG</b>	<b>91'000.00</b>	<b>80'400.70</b>	<b>73'000.00</b>	<b>106'393.85</b>

Konto	AUFWAND	Budget 2018	Erfolgsrechnung 2017	Budget 2017	Erfolgsrechnung 2016
42	Beiträge	14'800.00	14'055.50	12'400.00	12'608.10
4210	Mitgliederb. an GPS (CHF 50/20/Mitglied)	7'000.00	6'970.00	6'700.00	6'710.00
4220	Mitgliederb. an Bezirksparteien (CHF 20/10/Mitglied)	2'800.00	2'830.00	2'700.00	2'710.00
4230	Mitgliederbeiträge an Junge Grüne	0.00	0.00	0.00	0.00
4240	Mandatsabgaben an Bezirksparteien (30% der Abgaben)	4'000.00	4'045.50	3'000.00	3'188.10
4260	Mitgliederb. an Ortsparteien (CHF 20/10/Mitglied)	1'000.00	210.00	0.00	0.00
44	Wahlen	0.00	0.00	0.00	37'650.55
4420	KR Wahlen 2016	0.00	0.00	0.00	37'650.55

	Personalaufwand	21'000.00	21'492.00	19'000.00	19'811.20
5210	Lohnkosten Sekretariat	17'000.00	17'492.00	15'000.00	15'811.20
5830	Spesenpauschale Präsidium	4'000.00	4'000.00	4'000.00	4'000.00
65	Verwaltungsaufwand	6'800.00	3'712.70	7'800.00	6'193.75
6500	Büromaterial/Druck	1'000.00	465.50	1'500.00	1'257.90
6510	Versände/Porti/Internet	3'000.00	1'299.20	3'000.00	1'954.95
6530	Buchhaltung, pauschal	1'800.00	1'800.00	1'800.00	1'800.00
6550	Mitgliederversammlung, Vorstand, DV	1'000.00	148.00	1'500.00	1'180.90
66	Aktionen	38'000.00	23'723.55	21'000.00	30'624.25
6610	Fundraising	1'000.00	0.00	1'000.00	563.55
6620	Aktionen GP Thurgau	8'000.00	10'333.50	8'000.00	6'353.45
6630	Aktionen Bezirke	0.00	0.00	5'000.00	6'000.00
6640	Aktionen Kandidaten	5'000.00	6'541.35	1'000.00	1'015.45
6650	Grüne Wirtschaft	0.00	0.00	0.00	15'239.65
6651	Fair Food	18'000.00			
6660	Ostgrün	6'000.00	6'848.70	6'000.00	1'452.15
67	Sonstiger Aufwand	0.00	0.00	0.00	0.00
6700	Sonstiger Aufwand				
69	Finanzaufwand, Finanzertrag	50.00	41.90	35.00	37.55
6940	Bankspesen	50.00	49.50	45.00	46.85
6950	Zinserträge	0.00	-7.60	10.00	9.30
	<b>TOTAL AUFWAND</b>	<b>80'650.00</b>	<b>63'025.65</b>	<b>60'235.00</b>	<b>106'925.40</b>
	<b>Jahresergebnis</b>	<b>10'350.00</b>	<b>17'375.05</b>	<b>12'765.00</b>	<b>-531.55</b>

36, 66	Übrige Erlöse / Aktionen	2017 Ein	2017 Aus	Saldo	
	Fundraising	6'450.00	0.00	6'450.00	
	Aktionen GP Thurgau	6'123.50	10'333.50	-4'210.00	
	Aktionen Kandidaten	6'492.70	6'541.35	-48.65	
	Ostgrün	3'080.00	6'848.70	-3'768.70	
	<b>Total</b>	<b>22'146.20</b>	<b>23'723.55</b>	<b>35'989.05</b>	

## 6. Festsetzung der Jahresbeiträge

Anträge:

Mitglieder: CHF 200

Nichtverdienende, Studenten: CHF 100

Junge Grüne: gratis.

## 7. Budget 2018

Zahlen siehe Traktandum 5.

Grüne Schweiz, Bezirke und Ortsparteien erhalten vom Kanton:

Grüne Schweiz: CHF 50/20 pro Mitglied

Bezirke: CHF 20/10 pro Mitglied

Ortsparteien: CHF 20/10 pro Mitglied

Bezirke: 30% der Mandatsabgaben

### **Antrag**

Dem Bezirk Frauenfeld werden CHF 20 pro Mitglied aus der Stadt Frauenfeld vergütet (Regelung wie Ortsparteien), befristet 2018 bis 2020

## 8. Gesamterneuerungswahlen

Gemäss Statuten, Art. 5, sind zu wählen: Präsident, Vorstand (13-15), Rechnungsrevisoren, Delegierte (6), Ersatzdelegierte.

### **Wahlvorschläge**

Präsident:

Kurt Egger, Bezirk Münchwilen

Vorstand, bisher:

Judith Engeler, Bezirk Arbon; Brigitta Engeli, Bezirk Kreuzlingen; Didi Feuerle, Bezirk Arbon; Erika Hanhart, Bezirk Frauenfeld (GL); Brigitta Hartmann, Bezirk Weinfelden; Matthias Kreier, Bezirk Münchwilen; Franz Portmann, Bezirk Weinfelden; Jost Rüegg (Vizepräsident, GL), Kreuzlingen; Barbara Imholz (Sekretärin, GL).

Vorstand, neu:

Jürg Joss, Bezirk Frauenfeld; Simon Vogel, Junge Grüne

Mind. 2 Personen vakant.

Delegierte:

Kurt Egger, Münchwilen; Peter Heri, Frauenfeld; Heidi Hosp, Münchwilen; Sandra Reinhart, Arbon; Jost Rüegg, Kreuzlingen; Gina Rüetschi, Frauenfeld (neu)

Ersatzdelegierte:

Brigitta Hartmann, Weinfelden; Brigitta Engeli, Kreuzlingen; Heidi Heine, Arbon (neu)

Rechnungsrevisoren:

Edwin Zimmermann, Luis Barros